

531 Rp

GEDANKEN SALAZARS

ERKLÄRUNG ZUR ÜBERSEEPOLITIK

*ABGEGEBEN VOM MINISTERPRÄSIDENT PROFESSOR
DOKTOR OLIVEIRA SALAZAR AM 12. AUGUST 1963*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO

LISSABON



1963

659

531-Rp

GEDANKEN SALAZARS

ERKLÄRUNG ZUR ÜBERSEEPOLITIK

*ABGEGEBEN VOM MINISTERPRÄSIDENT PROFESSOR
DOKTOR OLIVEIRA SALAZAR AM 12. AUGUST 1963*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO

LISSABON



1963



559
F.N.S.

INCORPORACÃO

GEDANKEN SALAZARS

ERKLÄRUNG
ZUR ÜBERSIEHPOLITIK

DECLARAÇÃO DO MINISTRO DA PRESIDÊNCIA DO GOVERNO
DE PORTUGAL SALAZAR EM 12 AGOSTO 1962

SECRETARIAÇÃO NACIONAL DA INFORMAÇÃO

LISBOA • 1962

Das ist die Quintessenz meiner heutigen Ausführungen:
Hoffentlich verstehen wir uns!

Niemand bestreitet die Notwendigkeit eines klaren Verständnisses. Diese Notwendigkeit betrifft zuerst diejenigen, welche die portugiesische Nation bilden, dann den portugiesischen Staat gegenüber den afrikanischen Staaten und zuletzt Portugal, nicht gegenüber der Welt — das wäre anmassend —, aber gegenüber einer Weltregierung, die sich durch die Vereinigten Nationen auszuwirken versucht.

I

Zuerst müssen wir selbst unsere eigenen Gedanken klären aus der Pflicht heraus, uns zu vergegenwärtigen, was wir sind und was wir als Volk sein wollen. Das ist der Ausgangspunkt; und zu einer Zeit, wo ganze Kontinente aufgewühlt sind auf der Suche nach Frieden, nach Brot, nach Freiheit, sichern wir gerade in all diesen Kontinente den Frieden, schaffen wir Brot, lehren wir, die Freiheit zu nutzen bei ausreichend Brot und in der Ruhe des Friedens.

Es war unvermeidlich, dass die Vorkommnisse in Asien und Afrika, und insbesondere diejenigen, die die portugiesischen Territorien betreffen, die Geister trübten und, unab-

hängig von den leidenschaftlichen und eigennützig internationalen Polemiken, zu einer gewissenhaften Überprüfung der Prinzipien und Methoden unserer Überseepolitik führten. Das Ergebnis meiner Überlegungen werde ich im folgenden darlegen.

Laut Staatsverfassung ist die portugiesische Nation ein Einheitsstaat in der Vielheit seiner Territorien, aus denen er sich zusammensetzt, und seiner Völkerschaften, die ihn bewohnen. Die Verfassungsform ist in dieser Hinsicht nicht mehr als das Bekenntnis eines Bewusstseinszustandes, gebildet durch jahrhundertealte Geschichte, durch die Arbeit der Portugiesen im Laufe dieser Jahrhunderte und durch eine christliche Humanität, deren Träger Portugal war.

Natürlich kann das Gewissen der Nation in kritischen Zeiten getrübt und sogar verwirrt werden, und die Verfassung ist ein Text, der seiner Form nach durch den Willen der Nation, die ihn festgelegt hat, auch geändert werden kann. Dies wurde uns auch von vielen Seiten mit einer gewissen Leichtigkeit vorgeschlagen. Jedoch die Frage ist diese: es kommt darauf an zu wissen, ob die leitenden Staatsmänner der Nation vorschlagen und raten können, die eigene Struktur zu ändern auf Grund von Auffassungen, die dem eigenen Wesen fremd sind, und ob die Strukturänderungen, selbst wenn sie von den Völkern angenommen würden, zu ihrem Besten dienen. Alles, was für die Regierung notwendig ist zu tun, muss im Hinblick auf das nationale Bewusstsein und auf das Volkswohl betrachtet werden; auf keinen Fall darf es als Unterwerfung unter ein Ziel geschehen, das sowohl dem einen wie dem anderen widerstrebt.

Die Auffassung der Nation ist im Falle Portugal nicht zu trennen vom Begriff ihrer zivilisatorischen Aufgabe, die weit entfernt ist und sehr verschieden davon, technische Neuerungen einzuführen und die natürlichen Reichtümer der entdeckten Territorien auszubeuten. Da es sich um eine

Vereinigung von Völkern, Rassen, Sprachen und Glaubensformen handelt sowie um eine unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung, musste die staatsbildende Tätigkeit sich dahingehend anstrengen, die Völkerschaften zu formen, indem sie die dienlichen Kulturelemente, die sie auf ihrem Weg vorfand, ausnutzte, die Stammestrennungen und Stammesrivalitäten milderte und alle am gemeinsamen Werk schaffen liess, wodurch schliesslich ein Nationalbewusstsein entstand, d.h. ein Vaterland geschaffen und das Lebensniveau des Volkes auf eine höhere Zivilisationsstufe gehoben wurde. Die es nicht glauben wollen, lachen verächtlich über uns; aber das ist eben unsere Art Stellung in der Welt, wie es von verschiedenen Seiten behauptet wurde.

Zur Erklärung der heutigen Lage hat die Tatsache keine Bedeutung, dass unser grosses Imperium des 16. Jahrhunderts verloren ging durch historische Schicksalsschläge, denn die es teilweise in Besitz nahmen, beuteten es aus und haben es schon wieder verloren. Es ist jedoch wichtig hervorzuheben, dass da, wo den Portugiesen von seinen Konkurrenten Zeit gelassen worden war, sich anzusiedeln, Wurzeln zu schlagen, mit den Völkerschaften zusammenzuleben und sich mit ihnen zu vermischen und sie nach ihrer Weise zu führen — wo und wann dieses möglich war — der Portugiese eine untilgbare Spur seines Volkstums hinterlassen hat, oder besser gesagt, ein Stück Portugal geschaffen hat. Und darum sind wir, mit mehr und mit grösserem Recht als andere, ein afrikanischer Staat.

Man redet davon, man verlangt draussen mit lautem Geschrei die Unabhängigkeit Angolas: Angola ist jedoch eine Schöpfung Portugals und besteht nicht ohne Portugal. Das einzig hervortretende Nationalbewusstsein in der Provinz ist nicht angolansisch, es ist portugiesisch, wie es auch keine Angolaner gibt, sondern Portugiesen aus Angola. Einmal gelöst von Portugal verlangt Ngwizago die Wiederherstellung des Königreiches Kongo in Form eines modernen Staates, es gibt Stam-

mesgruppen der Distrikte Moxico und Lunda, welche die Bildung einer Republik Mushico verlangen, die unabhängig von den anderen sein soll. Wenn es kein Angola mehr gibt, dann muss Kongo zerstückelt werden: Leopoldville wird der Zugang zum Meer abgeschnitten und das frühere Belgisch-Kongo wird zu einem Binnenstaat, im Süden — oder genauer im Südwesten der Provinz erfolgt ein Schnitt, um das Reich der Cuanhamas wiederaufzurichten, dessen Hauptstadt Ngive war, heute Vila Pereira de Eça.

Das, was eben gesagt worden ist, liesse sich auch auf Moçambique anwenden. Vor einigen Monaten wandte sich der General-Gouverneur in einer Rede an die Jugend, in der alles ausgesprochen wurde und die man zusammenfassen kann in folgenden Satz: — Moçambique ist nur Moçambique, weil es Portugal ist, das will besagen: einmal die Bedingungen zerstört, die uns zu einem Teil Portugals machen, und es gibt auch nicht mehr Moçambique, weder in der Geschichte noch in der Geographie. Diejenigen, die die letzten Jahrzehnte die Geschehnisse in Verbindung mit dem Hafen und der Umgebung von Lourenço Marques mit erlebt haben, diejenigen, die den gerechten Wunsch Rodesiens nach einem Zugang zum Meer verfolgten, diejenigen, die gewisse Ideen und bekannte Ansprüche der Staaten Tanganjika und Niassaland kennen, können den Druck beurteilen, den man ausüben würde bei einer Neuverteilung der Territorien und Werte, die im Grunde uns zu danken sind und uns mit Recht gehören.

Wenn wir die Probleme nach den Grundsätzen lösen wollten, wie einige europäische Staaten im 19. Jahrhundert die Kolonisation begannen, so gäbe es keine besonderen Schwierigkeiten. So wie kapitalistische Gesellschaften entstehen, sich gründen, sich ausweiten, sich auflösen und neue Verwaltungsorgane ernennen mit Erweiterung oder Beschränkung ihrer Zuständigkeiten, so könnte man auch in den afrikanischen Territorien vorgehen, wenn man das menschliche Element in

seinem Willen nach Leben, nach Zivilisation und nach Fortschritt nicht in Betracht ziehen will. Man kann jedoch nicht so nach Belieben vorgehen, wenn wir einen sozialen Aufschwung erstreben, einen Aufschwung der Zivilisation, die begonnen und weitergeführt wurde, beruhend auf sittlicher Grundlage und politischen Zielen, die jahrhundertealt sind und zum Wohle des Volkes gefordert werden.

Die leitenden Staatsmänner unserer Zeit tragen die furchtbare Verantwortung für eine Krise des afrikanischen Kontinents, die nicht gemildert wird, geschweige denn geheilt in zwei oder drei Jahrhunderten, angefüllt mit Kriegen, die dort geführt werden, vorgeschützten geographischen und rassischen Grenzberichtigungen, Annexionen, Länderteilungen und Länderneuverteilungen, schwankender öffentlicher Gewalt, mangelndem Fortschritt; denn wenn die Führung verloren gegangen ist, gibt es keine Lösung mehr, weder durch Berichtigungen der Machtverhältnisse noch durch Einheitserklärungen, die doch alle als unerfüllbar erkennen. Wenn man zu diesen formalen Tatsachen noch die moralischen Erschütterungen hinzurechnet, die bei einer solchen Umwälzung unvermeidlich sind und von den neuen Eroberern laufend den Völkern auferlegt werden — diese Völker haben ja auch Gemüt und Geist —, dann kann man sich eine Vorstellung vom Ausmass der Katastrophe machen.

Was uns angeht, so trifft uns die afrikanische Krise in einem Augenblick, in dem man noch das Wiederaufleben früherer Entwicklungsstadien beobachten kann, die noch nicht ganz durch unsere volks- und staatsbildende Kraft gelöscht sind. Ein solches Wiederaufleben, das natürlich ist und sich in diesen Augenblicken der Umwälzung zeigt, wird durch fremde Interessen angetrieben, hat aber keine Kraft, sich allein der erworbenen Einheit entgegenzustellen. Steht denn unsere Sprache, die wir diese Völker lehren, nicht höher als ihre Dialekte? Erhebt sich die Religion, die unsere Missionare ihnen bringen,

nicht über ihren Zauberglauben? Ist es nicht mehr wert, eine Nation zu schaffen mit Zivilisation und Weltwirkung als sich in beschränktem Regionalismus abzuschliessen, ohne Ansporn für eine Entwicklung, ohne Verteidigungsmöglichkeiten und ohne Hilfe für den Fortschritt? Wenn wir diese Fragen bejahend beantworten, dann müssen wir zu dem Schluss kommen, dass dieses Nationalbewusstsein, wie es von Portugal bei so unterschiedlichen Völkern geschaffen wurde, einen Nutzen für alle darstellt, ein Nutzen, der ganz verloren ginge, wenn wir uns darauf einliessen zurückzuweichen.

Dieses staatsbildende Element besteht, in der Auffassung der politischen Struktur dass alle in allen Teilen Portugiesen sind; aus der Verschiedenheit der geographischen und klimatischen Bedingungen heraus, wobei das Übergewicht auf bestimmten ethnischen Grundlagen liegt, ergibt sich, dass die einen Europäer sind, die anderen Afrikaner, die dritten Asiaten. Und diese Unterschiede wirken sich aus auf die politisch-administrativen Normen unserer Regierungsart und auf die Art, wie diese Völker zusammen leben. Die nationale Einheit verlangt keine Metropole und Territorien, was man sogar als eine irrtümliche Gespaltenheit bezeichnen könnte, sie verlangt aber eine Hauptstadt, eine Regierung und eine Politik; die Verschiedenheit der Völker verlangt eine rechtliche Gleichheit aller Volksstämme, d.h. Anerkennung der Vierrassigkeit vor dem Gesetz und vor dem Leben; die Verschiedenheit der Territorien in ihrer Ausdehnung und ihren natürlichen Bedingungen führt zu einer gewissen Unterschiedlichkeit der Verfassung und der Kompetenzen der Verwaltungsorgane und ihrer Beziehungen zu den Zentralorganen.

In dem Masse, wie ein Territorium wirtschaftlich und sozial fortschreitet, dass die «Elite» umfangreicher und fähiger wird, können zentrifugale Kräfte auftreten, die die volle Macht und den Alleinanspruch auf die Regierung erstreben, und das bedeutet eine Gefahr für die Einheit der Nation. Im Falle Por-

tugals jedoch sind die Wege zu den höchsten Stellen offen und werden immer mehr geebnet — Hadrian, in Spanien geboren, konnte römischer Kaiser werden —; andererseits gibt es bei einer ungefähren Bevölkerungsausgeglichenheit noch ein grosses Missverhältnis zwischen den europäischen und den überseeischen Teilen Portugals, und darum repräsentieren diese Kräfte, falls sie wirklich bestehen, egoistische Interessen von Minderheiten, die gegen sich selbst handeln und gegen die Gesamtheit und das allgemeine Interesse. In dieser Richtung und in diesem Sinne müssen sie bekämpft werden, gleichzeitig aber auch aufs beste genutzt und zu einer gemeinsamen Arbeit hingeführt werden.

Die Vierrassigkeit, die heute von denjenigen zitiert und übernommen wird, die sie praktisch nie anerkannt haben, kann als eine portugiesische Schöpfung angesehen werden. Sie rührt einerseits von unserem Wesen her, andererseits von den sittlichen Prinzipien, deren Träger wir waren. Wenn nicht dieses sprechende Beispiel einer mehrrassigen Gesellschaft bestünde, so würde man bestimmt leugnen, dass wir zu seinem Bestehen in der Geschichte beigetragen haben. Die schwarze Rassenlehre, die die neuen unabhängigen afrikanischen Staaten verteidigen und in diesem Kontinent errichten wollen, ist in dieser Hinsicht die Verneinung unserer Auffassung, aber die neuen Staaten werden sich nicht halten können, wenn sie sich nicht unserer Auffassung anschliessen. Es beginnt sich schon abzuzeichnen, dass die einzige Möglichkeit eines Erfolges der neuen Staaten darin besteht, diese gleichen Prinzipien der Nicht-Rassentrennung, der Rassengleichheit anzunehmen, die wir verkünden und immer durchführen. Die grosse Schwierigkeit besteht darin, dass eine mehrrassige Gesellschaft nicht eine juristische Schöpfung oder eine konventionelle Regierungsform von Minderheiten ist, sondern in erster Linie eine Lebensform und ein Gemütszustand, die nur ausgeglichen und friedlich bestehen können, wenn sie auf einer langen Tradition beruhen.

Darum müssen wir uns nicht von unserem Weg entfernen, sondern die anderen sollten ihn in ihrem eigenen Interesse einschlagen. Und jene zentrifugalen Minderheiten, die ich oben erwähnt habe, ganz gleich, welcher Volksgruppe sie angehören, sollten darüber nachdenken, dass keine Zukunft für sie besteht, wenn man diese Grundwahrheiten missachtet.

Die nationale Einheit, die die entscheidenden Grundbestandteile beachtet — eine Hauptstadt, eine Regierung, eine Politik — lässt sich sehr gut vereinbaren mit einer weitgehenden verwaltungsmässigen Dezentralisierung in der Verfassung der örtlichen Organe und der Abgrenzung ihrer Kompetenzen. Selbstverständlich muss sich die Verwaltung innerhalb des weitesten Kreises bewegen, den die nationale Politik absteckt, und muss gemäss dieser Richtlinien handeln. Wenn wir uns selber treu bleiben wollen, so dürfen wir bei aller Ausweitung der Verwaltungs-Dezentralisierung nicht den Anteil vergessen, den die verschiedenen Territorien innerhalb der Verfassung und der Zuständigkeit der Zentralregierung einnehmen ebenso wie die Beachtung der nationalen politischen Grundlinie. Die Entwicklung der Territorien vermehrt die örtlichen Probleme und verlangt Ämter, die sich ihrer direkt annehmen, und wenn man das erkennt, so gibt es keine Schwierigkeiten. Die Schwierigkeit besteht darin zu wissen, wie eine vollautonome Verwaltung in Einklang zu bringen ist mit der nationalen Zentralregierung, die Koordinierung der nationalen Belange mit denen der entsprechenden territorialen Belange voneinander abzugrenzen, das Ministerium für Übersee auszubauen in seinen exklusiven Zuständigkeiten und denen als Mittler zwischen territorialen Amtsstellen und der Regierung. Das alles schliesst so viele und so heikle Probleme ein, dass wir nicht sicher sind, ob uns immer die beste Lösung gelungen ist. Darüber jedoch will ich mich heute nicht im besonderen auslassen.

Die Verfassung erlaubt eine Verwaltungs-Dezentralisierung, die, soweit sie dem Sozialstand des Territoriums ent-

spricht, die nationale Einheit beachtet und nicht verletzt. Wir können wohl sagen, dass die grossen überseeischen Provinzen ausser dieser einen Forderung in ihrer heutigen Legislation wirklich Staaten darstellen, die in ihrer Verwaltung unabhängig sind, politisch eingegliedert und für deren Bevölkerung eine Kulturanpassung erstrebt wird.

Die Grundgesetzreform für Übersee, die dem Streben und den Wünschen der überseeischen Provinzen sowie den Gegebenheiten des Augenblicks Rechnung trägt, ist gerade beendet. Die Auffassung der Provinzen wurde im «Rat für Übersee» entwickelt, besonders durch ihre direkten Vertreter, die Gouverneure, und die gewählten Vertreter der örtlichen gesetzgebenden Räte, und auch indirekt durch die Wirtschaftsvertreter. Die Grundlinien der Ausrichtung, die man bei den Besprechungen im «Rat für Übersee», in der Korporativ-Kammer und im Parlament beobachten konnte, kann man trotz der Vielschichtigkeit der Materie wie folgt zusammenfassen:

- stärkere Vertretung der örtlichen Verwaltungsorgane;
- weitere Zuständigkeit in ihrem Verwaltungsbereich;
- grösserer Einfluss der Provinzen auf die nationale Politik.

• Der erste Wunsch kann erfüllt werden durch eine Erweiterung der gesetzgebenden Räte in allen Provinzen, durch eine Erhöhung der Anzahl ihrer Beisitzer und ihre Berufung durch Wahl, und auch durch die Schaffung von Wirtschafts- und Sozialräten mit beratender Funktion, sowohl beim gesetzgebenden Rat wie bei dem Gouverneur.

Dem zweiten Punkt wird Rechnung getragen durch die Erweiterung der Zuständigkeiten des gesetzgebenden Rates in bezug auf die Art der Gesetze, die von ihm beschlossen werden, indem er sich den örtlichen Organen widmet in allem, was die Ausarbeitung und Genehmigung des Haushaltplanes angeht, und indem auf jede Provinzialregierung die Zuständigkeit über-

geht, die früher der Minister für Übersee in einigen wichtigen Verwaltungsabschnitten innehatte, wie Dienstplan, Stellenplan und Gehaltsbezüge.

Und zuletzt ist auch das Interesse eines grossen Einflusses auf die Führung der nationalen Politik vorgesehen. Es wurde sofort erkannt, dass die erste und sicherste Quelle dieses Einflusses in der Schaffung höherer politischer Staatsorgane besteht. Wie die Provinzen schon ihre Abgeordneten für die Nationalversammlung (Parlament) wählen, so muss die überseeische Vertretung auch in der Korporativ-Kammer, im Rat für Übersee wie in allen konsultativen Räten gesichert sein. Es gibt im Augenblick noch wenig solcher Vertretungen, aber wenn, wie anzunehmen ist, die Entwicklung dahin geht, eine Vielfalt fachtechnischer Räte zu schaffen, deren Zuständigkeit den ganzen Staat erfasst, dann ist eine wirksame Vertretung aller überseeischen Territorien gesichert.

Nicht als eine Neuerung, sondern als Frucht der Entwicklung der örtlichen Tätigkeit, erweitert und fördert die Revision des Grundgesetzes die Selbständigkeit der unteren und mittleren Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane, deren Vertreter und Verwalter durch Wahl bestimmt werden. Dieses Aufblühen des Lebens und der Verwaltung lokaler Interessen hat hoffentlich, so wie bei der Formung des europäischen Teiles Portugals, dessen Tradition sich auch nach Übersee ausdehnen soll, die fruchtbarsten Ergebnisse in der Entwicklung der Volksgruppen, in der Befriedigung der nachbarlichen Interessen und in der schrittweisen Vorbereitung der Leute für die Verwaltungstätigkeit.

Wenn man die Hauptzüge dieser Reform bei Licht betrachtet und vergleicht mit vielen anderen geltenden politischen Organisationen dieser Welt, selbst bei Staaten eines föderalen Systems, so kann man beobachten, wie grosszügig und weit die zugebilligte Autonomie ist, ja wie sie auf bestimmten Gebieten dieselben noch überschreitet. Die Reform vertraut

hauptsächlich auf die Werte der Völker, der sie dienen soll, und der Möglichkeiten der Territorien, auf die sie angewendet werden soll. Und wenn die einen oder die anderen vielleicht mehr oder etwas anderes verlangen, dann ist es, weil sie etwas anderes suchen als das, was unserer Auffassung entspricht — Einheit der Portugiesischen Nation!

II

Der zweite Teil dieser Ausführungen dient der Aufklärung und Besinnung über die Stellung Portugals gegenüber den afrikanischen Staaten und der afrikanischen Staaten gegenüber Portugal. Ich will mich bemühen, niemandem weh zu tun, ohne mich der Tatsachen und Prinzipien zu enthalten, deren Unkenntnis der Vernunft schaden würde.

Als Anfang Juni der Präsident der Republik Guiné Brazzaville besuchte, erklärte er in Bezug auf die Völker Afrikas, die er noch als «kolonisiert» betrachtet: «Wenn diese Völker nicht die Unabhängigkeit wünschen, dann haben wir, die wir selbstbewusst und frei sind, die Aufgabe und Pflicht, ganz Afrika zu befreien». Aus dieser ganz klaren Geisteseinstellung heraus, die von einem der afrikanischen Staatsmänner ausgesprochen wurde, leitet sich die eingenommene Haltung der unabhängigen Staaten Afrikas gegenüber Portugal ab. Diese Haltung gründet auf zwei Forderungen: Eine Definition zum Eigengebrauch von kolonialen Territorien; und die Beanspruchung des Rechts, eine Befreiung der unterdrückten Völker durchzuführen, selbst wenn diese, wie die Portugiesen, seit langer Zeit frei sind und darum jetzt auf eine Befreiung seitens anderer verzichten.

Verschiedene afrikanische Staaten, ihrer Kolonialauffassung sicher und erfüllt von einer durch die Vorsehung bestimmten Mission, haben sich einem Kampf hingegeben, der ihnen

in den Vereinigten Nationen unabstreitbare Triumphe gebracht hat und vor kurzem in der Konferenz von 32 — fast allen — Führern der afrikanischen Staaten in Addis-Abeba gipfelte. Hier galt es ganz besonders, die Kräfte gegen unsere afrikanischen Territorien zu vereinigen und über Handlungsprinzipien und Entschliessungen abzustimmen, die schon ausgeführt werden: Abbruch der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, Embargo für Handel, Schifffahrt und Luftverkehr, Ablehnung der Teilnahme Portugals an den technischen internationalen Körperschaften der U.N.O.

Wie schon erklärt worden ist, so hat der Abbruch der Beziehungen einiger weniger afrikanischer Staaten, mit denen wir sie — zum Teil auf ihren Wunsch — aufgenommen hatten, fast ausschliesslich spektakuläre Bedeutung ohne irgendwelche Folgen. Natürlich, wo portugiesische Gemeinschaften (Kolonien) leben, kann die Weigerung für konsularische Vertretung, falls sie eingeschlossen war, indirekt die Wahrnehmung der bestehenden legitimen Interessen dieser «Kolonien» betreffen. Da aber tatsächlich für die Staaten, die die Beziehungen abbrachen, schädliche Folgen für sie selbst entstehen können, mag es sehr gut möglich sein, dass die Beschlüsse von Addis-Abeba in einigen Fällen noch verglichen werden mit den entsehenden Folgen.

Was den Handel mit Afrika betrifft, ausgeschlossen den Teil, der zu Portugal gehört, so ist dieser derart beschränkt, dass sein Ausfall keine ernsten Folgen haben kann. Und was den Luftverkehr betrifft, so bestehen sehr wenige und nur örtlich beschränkte Abkommen, und das Recht der Überfliegung nach den internationalen Bestimmungen, hoffe ich, wird wohl respektiert werden, wenigstens solange, bis die daran interessierten Staaten es selbst kündigen; dann aber zum Nachteil für den Luftverkehr der ganzen Welt.

Der Kampf gegen die Vertretung Portugals in den internationalen technischen Körperschaften, in denen wir zu Recht

vertreten sind, begünstigt in keiner Weise die afrikanischen Staaten, wie er dem Westen auch nicht zur Ehre gereicht. Für uns wäre es leicht, diesen Schmutz und Schimpf zu vermeiden, indem wir nicht bei den Versammlungen erschienen und nicht unser volles Recht verlangten. Was wir jedoch vorziehen zu tun, ist, die Gegner durch unsere Gegenwart ins Unrecht zu setzen dadurch, dass sie durch ihre Handlungen ganz deutlich die Statuten dieser Organismen missachten. Aus unserer Haltung können sich zwei Folgen ergeben: entweder bildet sich allgemein das Bewusstsein heraus, dass man falsch handelt und wieder zum Rechten zurückkehrt, oder man erkennt, dass unter solchen Umständen die Körperschaften nicht handeln können, woraus die jungen selbständigen Staaten, das muss ganz deutlich gesagt werden, den grössten Vorteil ziehen.

Selbstverständlich würden die afrikanischen Staaten nicht die Kraft haben, uns den Ausschluss aufzuzwingen, wenn sie nicht von den Stimmen der kommunistischen Regierungen, die das Abendland zerstören wollen, unterstützt würden, sowie von einigen westlichen Ländern, was als Fahnenflucht bezeichnet werden könnte, wenn es nicht den Wunsch bedeutete, die Sympathie der afrikanischen Staaten zu erringen, um ihren eigenen, wie sie glauben, Interessen zu dienen. So ist Afrika das Feld, wo zwei Welten miteinander ringen, wir selbst geben dabei nur die Gelegenheit und den Vorwand ab.

Dieses ist die Lage, die wir als eine uns auferlegte annehmen, die nicht den geringsten Einfluss auf die portugiesische Überseepolitik haben darf, noch nicht einmal auf unsere Gefühle gegenüber denen, die uns angreifen. Da wir seit Jahrhunderten in Afrika sind, ist es natürlich, dass wir mit den Grenzländern, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, die besten Beziehungen haben. Unsere Politik hat immer ein friedliches Zusammenleben mit allen gesucht, ein gegenseitiges Helfen, eine Anstrengung, die, was uns betrifft, den allgemeinen Interessen gerechtzuwerden trachtete. Daher kommt es, dass wir

die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten, wie sie sich gebildet haben, als Ergebnis ihres inneren Lebens betrachten, was keinen Einfluss auf unsere nachbarlichen Beziehungen haben sollte. Ob sie den Interessen der Völker entspricht oder nicht, darüber sollen die anderen richten. In dieser Hinsicht kann kein afrikanischer Staat sich über uns beklagen, aber wir können nicht dasselbe von allen anderen sagen.

Die in Addis-Abeba vertretenen Länder dachten sicher, dass ihre Entschliessungen nicht ausreichend seien (die übrigens wie Portugal auferlegte Sanktionen gegen den Sinn der «Charta» der Vereinigten Nationen verstossen), darum liessen sie sich zum Äussersten hinreissen. Diese Extreme, hier und dort schon praktiziert, waren folgende. Bewilligung für Trainingslager von revolutionären Elementen, Angebot von Freiwilligen oder Söldnern, Sammlung von Geldern für die Unkosten der Terroraktionen, Lieferung von Waffen und Technikern für den Gerillakrieg. Damit befinden wir uns ganz offen ausserhalb der Normen, die bis heute das internationale Zusammenleben bestimmt haben. Nach den Auffassungen von vor noch kurzer Zeit würde das bedeuten, dass alle diese Länder, die solche Entschliessungen durchführen, sich als im Kriege mit Portugal zu betrachten hätte; heute allerdings ist das nicht so, und nicht nur durch die Kraft der Tatsachen aus der jüngsten Vergangenheit, die verschwiegen werden oder ohne Antwort bleiben, als auch, weil die «geheiligten Ansprüche», die einige Männer und Länder verkörpern, in bestimmten Zeitpunkten sich über alle Pflichten und Rechte erheben. Und diesen fehlt sogar jedes Recht für ihre Verteidigung.

Aus dieser klaren Lage heraus kommt es vielen afrikanischen Staaten nicht darauf an, hartnäckig weder den Fortschritt unserer Territorien anzuerkennen, noch den wirklichen Willen der Bevölkerung, die ihr Leben in Frieden und in völliger Gleichberechtigung mit den anderen führen, noch die Grundlagen ihrer politischen und verwaltungsmässigen Orga-

nisation, noch dass diese Territorien als gleiche Teile eines unabhängigen Staates bestanden, bevor sie selbst unabhängig waren. Es scheint ihnen auch nicht darauf anzukommen, wenigstens erinnert nichts daran, dass Männer, Frauen und Kinder starben oder in ihrer Heimat von ausländischen Terroristen angegriffen wurden bei voller Verletzung der Menschenrechte, die sie andererseits zu verteidigen vorgeben. Wir sehen zunächst, dass die Befreiung der afrikanischen Völker verlangt wird als ein Recht gegen den eigenen Willen, mit ziemlicher Empörung derjenigen, die nicht müde werden zu behaupten, dass es sich um ein Selbstbestimmungsrecht handle.

Wenn man die sachen so aufs Äusserste der Leidenschaft und der Irreführung der menschlichen Vernunft hinleitet, dann gibt es keine Möglichkeit mehr einer Diskussion oder eines gegenseitigen Verständnisses. Entweder wird von Seiten der verantwortlichen Staaten ein Machtwort gesprochen, das wieder zum gesunden Menschenverstand hinführt, oder es bleibt dem einzelnen nur noch das natürliche Recht, sich und die Seinen zu verteidigen. Und so beginnen die Kriege.

*
* *
*

Die Entschliessungen von Addis-Abeba, obwohl sie einstimmig vor der Welt angenommen wurden, scheinen mir nicht die einstimmige Auffassung der afrikanischen Staaten zu repräsentieren. Viele von ihnen kennen den Wert der Gesetze, die die menschliche Gesellschaft regieren, und sie können nicht damit einverstanden sein, dass im Zeitalter der Unabhängigkeit der anderen die Grundsätze des eigenen Lebens und der eigenen Gestalt geopfert werden.

Warum jedoch vermerken wir diese Tatsache?

Man kann in Afrika ein zweifaches Phänomen beobachten: Im Verfolg der Unabhängigkeit der Territorien will man immer, soweit es geht, eine revolutionäre Bewegung einschmuggeln. Diese Bewegung ist betonter bei den Ländern an der Mittelmeerküste zu beobachten, aber sie greift schon auf andere über als diejenigen, die in ihrem Radikalismus, in ihrer Leidenschaft führen und herrschen und unter ihrer Führung neue Ideen von politischer und sozialer Revolution auf Afrika südlich der Sahara übertragen wollen, nicht zu sprechen von der Phantasie eines geeinigten Kontinents. Augenblicklich hört man verdächtige Worte: Nichteingliederung, Neutralismus, positiver Neutralismus, sozialer Staat, vollkommene wirtschaftliche Unabhängigkeit, Unvereinbarkeit der Monarchien mit dem neuen «Konditionalismus», Schaffung neuer sozialer und politischer Strukturen, ohne erkennen zu wollen, dass der soziologische Stand das nicht erlaubt. Zum Beispiel, das Interesse Algiers und der V.A.R., einem halb afrikanischen und halb asiatischen Staat, in Angola kann weder religiös, noch rassistisch, noch humanitär, noch wirtschaftlich sein, noch kann es auf eine Befreiung von einer Bedrückung hinzielen. Von seiten dieser Staaten und von anderen, die sich dem Kampf gegen uns anschliessen, während sie die Feindschaft zwischen Arabern und Afrikanern verstecken, kann nur ein einziges Interesse bestehen — Revolution; und dieses wird noch nicht einmal von allen geteilt, es wird sogar gefürchtet. Aber das Ziel ist klar gewählt, weil man weiss, dass wir in diesem Sinne und in der Bescheidenheit unserer Mittel eine Schranke darstellen, die erst einmal überwunden werden muss. Wir wollen nur ein Stück dieses Problems aufzeigen, weil wir glauben, dass diejenigen sich täuschen, die durch doppelsinnige Begünstigungen meinen, die neuen afrikanischen Staaten wie eine zahme Herde ihren Zielen zuführen zu können.

*

* * *

Aber besteht nicht auch ein Doppelsinn in Bezug auf das Problem einer Ent-Kolonisierung, soviel seitens der Kolonisatoren wie der Kolonisierten?

In dem Beschluss 1541 der Versammlung der Vereinigten Nationen (15. Dezember 1960) suchte man eine Definition für «Kolonien» und man spricht von Territorien, die geographisch getrennt wie völkisch und kulturell unterschiedlich von dem Land sind, das sie verwaltet. Klugerweise hat man noch hinzugefügt, dass noch andere Elemente administrativer, politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und geschichtlicher Natur in Betracht zu ziehen sind, was vollkommen den portugiesischen überseeischen Provinzen entspricht, besonders da die Entschliessung 1514 vom 14. Dezember 1960 sagt: «Jeder Versuch, der die teilweise oder totale Zerstörung der nationalen Einheit und der territorialen Unversehrtheit eines Landes als Ziel hat, ist unvereinbar mit den Auffassungen und den Grundsätzen der Charta der Vereinigten Nationen». Hier ist der portugiesische Fall ganz klar bestimmt, aber die Leidenschaftlichkeit, mit der dieser Gegenstand behandelt wird, hat nicht erlaubt, dass man gerecht, dem Wortlaut entsprechend, entscheidet.

Bei den Propagandafeldzügen und den internationalen Versammlungen verlangt man dauernd die «Entkolonisierung», dieses sei die dringendste Notwendigkeit des Jahrhunderts und das höchste Werk der Menschlichkeit unserer Zeit, das man sich vornehmen kann. Da man vernachlässigt hatte, den Begriff festzulegen, haben wir noch keine klare Vorstellung, was unter einem so komplexen Vorgang zu verstehen ist. Während man die innige Zusammengehörigkeit in Betracht zieht, die auf Schritt und Tritt zwischen Entkolonisierung und Unabhängig-

keit festgestellt worden ist, beobachtet man, dass dieselbe ihrem wesen nach ausschliesslich darin besteht, dass die Macht des Weissen, der diese ausübt, übergeht auf den Schwarzen, der sie beansprucht und ausüben darf, nur weil er in der Mehrheit ist. Unter diesen Bedingungen darf man nicht die erste Bedingung missachten dass die Völker in der Lage sind, eine Regierung zu wählen und dass die Elite des Volkes genügend vorbereitet ist, um eine Verwaltung durchführen zu können. Aber man hat schon in den Vereinigten Nationen feierlich erklärt und abgestimmt, dass das Fehlen einer Vorbereitung auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet oder in der Volksbildung niemals ein Vorwand dafür sein dürfe, um die Gewährung der Unabhängigkeit hinauszuzögern (Entschliessung 1514). Zuerst die Unabhängigkeit, und dann wird man schon sehen!

Obwohl wir Gott sei Dank noch nicht in diesen Fall verwickelt sind, fällt es schwer, diesen Grundsatz anzuerkennen, als ob er in sich alle Wirkungsfähigkeiten (Virtualitäten) einschliesse, wonach weder die Ausdehnung des Territoriums noch die Mittel, die den Regierenden zum allgemeinen Wohl zur Verfügung stehen, in Betracht zu ziehen seien. Wahr ist, dass die Länder, auf die wir uns beziehen — und die das selbst anerkennen — bevölkerungsstatistisch, wirtschaftlich und kulturell unterentwickelt sind. Es ist nicht nötig, in komplizierte Theorien zu versinken, um die Ursachen zu finden. Wir wissen, dass viele dieser Theorien aufgestellt und entwickelt worden sind, um die Schuld des Kolonisators zu beweisen als Grundlage für seine Verantwortung gegenüber dem von ihm kolonisiertem Volk. Wichtig ist, sich darüber klar zu sein, dass der Fortschritt, den man für notwendig erachtet, Techniker, Kapital und Arbeit verlangt. Ein Teil davon muss am Ort gestellt werden, der Rest kann von ausserhalb kommen. Aber so sehr wir auch versuchten, die Beteiligung von Ländern, die fortgeschrittener und reicher sind, anzuregen, so fanden wir immer

ein Minimum von Bedingungen, die mit der Technik und den Kapitalien Hand in Hand gingen. Das sind Forderungen, die man als sinngemäss und natürlich bezeichnen kann, ganz gleich, ob die Wirtschaft den Weg zum Sozialismus nimmt oder ob sie sich freier und der Privatinitiative offen zeigt. Die Völker, die den einen oder den anderen Einfluss fürchten, wählen nicht diesen Weg und werden andere gehen, wobei der Fortschritt so langsam voran kommt, dass kaum noch davon die Rede sein kann, oder sie werden zu noch niedrigeren Lebensbedingungen zurückkehren.

Wir haben in dieser Beziehung gesehen, wie die gewagtesten Lehren verteidigt wurden. Es gibt Länder, die glauben, über genügend Mittel zu verfügen, um den ganzen afrikanischen Kontinent zu erfassen und in Jahrzehnten ihn so fortschrittlich zu gestalten, wie es Europa in Jahrhunderten geworden ist. Sie merkten aber nach kurzer Zeit, dass diese Aufgabe zu schwer ist und versuchen jetzt, sie auf andere zu verteilen unter dem Titel humanitäre Hilfe, technische Kooperation, Anreiz zur Eröffnung und Eroberung von Märkten. Wir sehen andere, die sich einer beschleunigten Ausbildung von Führern, Technikern, Spezialarbeitern zuwandten als Mittel, das bestehende örtliche Vakuum zu füllen — Belegschaften bilden, Stellenpläne erfüllen, davon ist man in Afrika besessen —, um dem zu genügen, was man braucht in der Masse, wie die Bevölkerung sich entwickelt; und man entsendet nach allen Teilen der Welt Kandidaten, aus denen man dann Techniker und Politiker der verschiedensten Ausbildung auswählt. In dieser Tätigkeit, in der wir mehr Übereilung und Einfalt sehen, scheint man Zivilisation und materiellen Fortschritt, Industrialisation und Fortschritt, Freiheit und Lösung von den Stammesbanden, Freiheit und Vertreibung der Weissen miteinander zu verwechseln, nachdem man festgestellt hat, wie nützlich die Zusammenarbeit in der Organisation von Betrieben und der

Führung von Arbeiten ist. So hat man auf keinem dieser Gebiete gesehen, dass die Wirklichkeit den Wünschen entspricht.

Die Verwirrung der Begriffe, was die Entkolonisierung betrifft, finden wir auch in dem, was die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit betrifft. Paragraph 73 der Charta der Vereinigten Nationen erwähnt nicht Unabhängigkeit der Territorien, von dem er handelt, sondern nur die Möglichkeit einer eigenen Regierung, was Selbstverwaltung bedeuten soll, die von den «Eingeborenen» (dort Wohnenden) ausgeübt wird und vereinbar ist mit vielen Staatsformen. Wenn man aber Selbstbestimmung mit Unabhängigkeit verbindet, wie das bei verschiedenen Abstimmungen bezüglich Portugals geschehen ist, vergisst man, dass da verschiedene Entscheidungen möglich sind, und dass das Aufzeigen oder Aufzwingen der Unabhängigkeit als Ziel der Selbstbestimmung dasselbe ist, wie sie zu Gunsten eines Zieles einzuschränken und sie teilweise zu verneinen.

Eine andere Frage taucht noch auf, worauf wir auch noch keine Antwort erhalten haben: Wenn die Selbstbestimmung im Grunde die Zustimmung für eine Staatsform oder Regierungsform, unter der die Bevölkerung lebt, zu finden sucht, so versteht man nicht, dass es nur eine Form geben soll, diese Zustimmung zu erreichen oder zu bestimmen, und dass diese einzige Form die nachherige Volksabstimmung zu den unrechtmässigen Forderungen der U.N.O. sein soll.

Die ganze Vergangenheit, alle Akte der Einmischung in das politische Leben und in den Aufbau der öffentlichen Gewalt hätten, entgegen der Vernunft und der Geschichte, nicht den geringsten Wert.

Diese zwei schlimmen Verwirrungen — Selbstbestimmung gleich Unabhängigkeit, Selbstbestimmung gleich Abstimmung — beginnt man zu bemerken, und selbst die Vereinigten Staaten

scheinen in den letzten zwei Jahren zur Vernunft zu kommen. Solche falsche, abnorme Konstruktionen der O.N.U., zu ganz bestimmten Zwecken und «ad odium» gemacht, enden damit, den Völkern den Eindruck einer von aussen aufgezwungenen Selbständigkeit zu erwecken anstatt sie durch eine gesunde natürliche Entwicklung zu ersetzen.

Aus all dem, was ich dargelegt habe, schliesse ich, dass die harten Lehren der Erfahrung die afrikanischen Staaten bescheiden machen werden. Sie mögen dahin führen, dass dieser Hochstimmung (Euphorie) eine grössere Ruhe folgen möge, in der das Zusammenleben der Rassen und das Zusammenarbeiten der Staaten sich über die ungestümen Ideale erhebt. Man muss zugeben, dass selbst, wenn man von einer Kolonisierung bei reiner wirtschaftlicher Ausbeutung absieht, die Nationen und Zivilisationen einen fortgesetzten Einfluss aufeinander ausüben je nach ihren Beziehungen und dem Grad ihres Fortschrittes, so dass man bei den freiesten und unabhängigsten Staaten Spuren finden kann, die nach den Begriffen von heute als Kolonisierung bezeichnet werden könnten. Soll ich Beispiele anführen?

Ein Jahrhundert nach der Unabhängigkeit konnten die Vereinigten Staaten wirtschaftlich noch als eine Kolonie Englands betrachtet werden. Die vielseitigen Einmischungen in unser inneres Leben im 19. Jahrhundert führten dahin, dass Portugal von vielen in dieser Zeit, obwohl es unabhängig war, fast als eine politische Kolonie Grossbritanniens angesehen wurde. Im Januar dieses Jahres antwortete der Soziologe Gilberto Freyre, befragt nach den nationalen Eigentümlichkeiten der brasilianischen Gesellschaft bei ihrer Unabhängigkeit, dass sie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unbedeutend gewesen wären, denn sobald Brasilien aufgehört hatte, eine portugiesische Kolonie zu sein, wurde es eine englische Kolonie. Doch hören wir damit auf, denn so ist nun mal das Leben.

Aus dem, was gesagt wurde und was aus dem oben angeführten zu entnehmen ist, leiten wir für unser Verhalten gegenüber den afrikanischen Staaten die folgende Haltung ab:

- a) Engste und freundschaftliche Zusammenarbeit, wenn sie sie als nützlich ansehen;
- b) Die äusserste Korrektheit, falls sie auf eine Zusammenarbeit verzichten;
- c) Die Verteidigung der portugiesischen Territorien, die Portugal bilden, bis zur Grenze unserer menschlichen und wirtschaftlichen Reserven, falls sie es für gut erachten, ihre Drohungen in Kriegshandlungen zu verkehren und uns angreifen.

III

Nun bleibt uns nur noch übrig, unsere Stellung gegenüber den Vereinigten Nationen zu überprüfen, oder besser, gegenüber der «Universalregierung», worin einige die Vereinigten Nationen verwandeln wollen zum Zwecke ihrer eigenen nationalistischen Politik.

Was die Verfassung dieses Organismus betrifft, so haben wir jahrelang davon abgesehen, unser Aufnahmegesuch als Mitglied einzureichen, weil wir nicht von den Vorteilen, die daher kommen sollten, überzeugt waren. Wir haben es dann doch getan auf Bitten Englands und der Vereinigten Staaten, die in unserer Zulassung eine Erweiterung der Stellung des Westens innerhalb der Vereinigten Nationen sahen; da aber Russland, dessen Stimme unentbehrlich war, genau die gleiche Auffassung hatte, musste man jahrelang warten, bis endlich eine Vereinbarung auf weiterer Basis möglich war. Portugal hatte also genügend Zeit, die negative Seite dieser Frage zu studieren, d.h. ob nicht sogar Nachteile aus der Mitgliedschaft in der U.N.O. erwachsen könnten.

Es schien so, als ob wir beruhigt sein könnten über den Paragraph 2, Absatz sieben der Charta, der da bestimmt: «Nicht eine Anordnung der vorliegenden Charta erlaubt den Vereinigten Nationen, sich einzumischen in Angelegenheiten, die in erster Linie der Rechtsprechung eines Staates unterliegen, oder zwingt die Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Lösung nach dem Wortlaut dieser Charta zu unterwerfen». Aber Abschnitt XI, Paragraph 73 und 74 über Territorien ohne eigene Regierung sah klugerweise vor, wie die gleichen Vereinigten Nationen das verstehen und anwenden. Als wir nämlich in der U.N.O. aufgenommen wurden, war friedlich festgelegt worden, dass die Staaten verantwortlich seien für irgendwelche Territorien als zuständige Stelle, um eine Erklärung abzugeben über ihr mögliches Bestehen, und sich verpflichtet sehen oder nicht, dem Generalsekretär statistische Informationen oder solche technischen Charakters abzugeben in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und die Volksbildung betreffenden Bedingungen der Territorien, wofür sie verantwortlich sind.

Das Übel lag aber nicht darin, dass die Informationen gegeben wurden, das Übel lag darin, dass man, wenn man die Informationen laut § 73 gab, zwangsweise die darin festgelegte Ausrichtung für bestimmte politische Lösungen annahm, die mit unserer Verfassungsform in Widerspruch stehen. Das waren die einzigen Punkte und Vorbehalte: Man konnte nicht an unserer Ehrlichkeit zweifeln, wie wir nicht an der Ehrlichkeit der anderen Nationen zweifelten, solange die Auslegung der Charta sich auf ihren Wort und Sinn gründete, auf die Lehren der Kommentatoren und auf die Rechtsprechung und Ausübung der U.N.O.

Es geschah jedoch, dass nachher sich zwei Richtungen bemerkbar machten: die eine trachtete, die Universalität der U.N.O. zu bestätigen, und das kann man als der Charta entsprechend ansehen; die andere trachtete nach einer Machterweiterung der Generalversammlung. Mitglieder des Sicherheitsrates,

des russischen Vetos müde, beugten sich und unterbreiteten derselben Gegenstände von höchster Bedeutung im internationalen Leben, und, in der Meinung, weiterhin über die Mehrheit zu verfügen, unterbreiteten sie sie selbst unter viel weniger sicheren Bedingungen. Auf diese Art hat sich die Generalversammlung nicht nur eine Art allgemeiner Zuständigkeit angemasst, sondern begann, sich selbst als ausschliessliches Zuständigkeitsorgan zu betrachten.

Die Charta enthält Anordnungen bezüglich ihrer Überprüfung und Verbesserung, aber der in den Paragraphen 108 und 109 vorgeschriebene Weg wurde nie benutzt. Seit des Masseneintrits der Afrikanischen Staaten in die U.N.O. und nachdem sie den Wert erkannt hatten, der ihnen durch die Unterstützung der kommunistischen Staaten und sogar anderer aus dem westlichen Lager zuwuchs, gingen die Vereinigten Nationen dazu über, wie ein Räderwerk abzulaufen, dessen Verbindungen zur Charta nur schwach sind und deshalb eine Gefahr für den Frieden und das geordnete Leben der Völker entsteht. Seitdem man den Grundsatz annimmt, dass die Rechtsauffassung der Charta das bedeutet, was jede Generalversammlung durch Mehrheit bestimmt, und dass die vereinigten Nationen zuständig sind für das, was sie im Augenblick sich zusprechen, wurde die Tätigkeit der U.N.O. eine ernste Gefahr für die Nationen, die sich nicht in die parteilich ausgerichteten Blöcke eingliedern, zur Minderheit gehören, nicht über Lösungen handeln, nicht Stimmen erschachern und keine «Vorzimmerpolitik» betreiben. Die Lage muss überprüft werden, wenn man die Vereinigten Nationen retten will, umso mehr, als die grossen Staaten ihre wichtigsten Probleme und ihre Meinungsverschiedenheiten ausserhalb der U.N.O. behandeln, und wenn es ihnen passt oder notwendig erscheint, nicht einmal ihre Entscheidungen achten, wie sie selbst erklärt haben, und sie gehen damit nicht einmal das geringste Risiko ein.

In der letzten Zeit haben die Vereinigten Nationen sich als wichtigste und brennendste Angelegenheit ihrer Diskussionen unserer überseeischen Provinzen angenommen und der Tatsache, dass sie Teil der portugiesischen Nation sind und bleiben werden. Dieser Kampf nimmt nicht Wunder im Hinblick auf die Vergötterung der U.N.O. und der Missachtung, die die Mehrheit, die über eine Angelegenheit entschieden hat, gegenüber den Grundprinzipien der Charta zeigt. Aber es ist erstaunlich, dass Staaten sich diese Auffassung aneignen, die sich verpflichtet hatten, unsere überseeischen Provinzen zu verteidigen oder die vor Zeiten erklärt hatten, dass diese notwendigerweise in portugiesischen Händen seien zur Verteidigung des Abendlandes. Ich erinnere an die sogenannte «Windsor-Erklärung» vom 14. Oktober 1899 und an die Worte, die Präsident Roosevelt in seinem Schreiben vom 8. Juli 1941 an mich richtete: Nach der Meinung der Vereinigten Staaten ist die dauernde Ausübung einer vollen und unabhängigen Macht Portugals über alle überseeischen Provinzen die volle Garantie für die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, was diese Gebiete betrifft. Darum ist es der unabdingbare Wunsch der Vereinigten Staaten, dass die portugiesische Oberhoheit über diese Territorien unangetastet bleibt». Da die Geographie sich nicht geändert hat, fällt es schwer anzuerkennen, dass sich die Begriffe wandeln.

Wir sind in New York gewesen, um unsere Auffassungen zu verteidigen, die dem Wortlaut und den Auslegungen entsprechen, die ihnen von den Vereinigten Nationen selbst gegeben wurden, aber die Verhandlungen scheinen mehr ein Gespräch vor tauben Ohren gewesen zu sein. Dass wir erschienen sind und die Diskussionen mitgeführt haben, ist für uns mehr eine Frage der Achtung und der gegenseitigen Anerkennung als der Nützlichkeit gewesen, denn wir können uns fragen, was Schlimmes geschehen wäre, wenn wir unseren Austritt aus der U.N.O. erklärt hätten, was wir übrigens vorgesehen haben.

Ich habe nicht geahnt, dass die Welt beunruhigt ist mit unserem Fall und dass wir fast die einzig Betroffenen sind. Aber wenn die Generalversammlung daran denkt, sich der Fragen anzunehmen, die das interne Leben vieler anderer Völker betreffen, wie es unausweichlich geschehen wird, dann liegt der Fall ganz anders. Es gibt wahrhaftig keinen Grund innerhalb der augenblicklichen Auffassungen der Vereinigten Nationen zu glauben, dass nicht Fragen entschieden würden wie: der wirtschaftliche Nachteil, den Privatbesitz der Produktionsgüter anzuerkennen; das Einkammersystem oder das Zweikammersystem bei den Parlamenten; organische Demokratie oder Volksdemokratie; die Struktur der öffentlichen Gewalt. Seitdem die Generalversammlung jederzeit ihr eigenes Gesetz machen und den Umfang seiner Zuständigkeit bestimmen kann, ist jede Phantasie einer verantwortungslosen Mehrheit beschlussmöglich, und diese Phantasien müssen noch für einwandfreie Äusserungen des allgemeinen Willens genommen werden.

Wir sind nicht zu solchen Auffassungen bekehrt und stehen weiterhin auf dem Standpunkt, dass das internationale Leben bei so schwerwiegenden Gesichtspunkten wie Unverletzlichkeit der Nationen, Einmischung in ihr inneres Leben, Verfassungsbild, Lebensinteressen der Völkerschaften nicht den Machenschaften zwischen den Rassen ausgeliefert werden können, nicht den Abstimmungen, die durch geheime Abmachungen erreicht und durch gefühlsbetonte Aufrufe gelenkt wurden und ebenso unverständlich wie verantwortungslos sind. Das heisst, zwischen unserer Verfassungsform, die unserer Meinung nach dem Wortlaut der Charta der Vereinigten Nationen entspricht und damit im Einklang mit der einzig gültigen Auslegung und den durch Abstimmung herbeigeführten Entscheidungen der Generalversammlung oder des Sicherheitsrates steht, haben wir keine andere Lösung gesehen, als uns der missbräuchlichen Einmischung dritter in unser Leben als unab-

hängige Nation zu widersetzen und so die Auffassung der Charta zu verteidigen. Das haben wir vor einigen Tagen getan, ohne dass überzeugende Vernunftgründe für das Gegenteil vorgebracht werden konnten.

Es ist schmerzhaft festzustellen, dass so viele verantwortliche Staaten den Abstimmungen durch Stimmenenthaltung beitreten oder zustimmen, die uns betreffen, indem einige unsere Haltung verdammen, andere unsere Weigerung, den Mehrheitsbeschlüssen zu gehorchen, als eine Bedrohung des Weltfriedens und der Weltsicherheit ansehen (Entschliessungen der Generalversammlung 1807 und 1742). Und der Sicherheitsrat kam am 9. Juni 1961 sogar dahin, «das gewaltige Blutbad und die schweren Unterdrückungen in Angola» zu bedauern; und demselben Sicherheitsrat schien es, dass die Unnachgiebigkeit in dieser Lage die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bedrohe. Diese Entschliessungen, die in dieser beleidigenden Weise die Tatsachen leugneten oder entstellten gegenüber der Wahrheit und der Wirkung, die diese auf den Weltfrieden und die Weltsicherheit haben könnten, fanden nur die Stimmenthaltung Frankreichs und Englands. Die anderen Glieder des Rates fanden sie vollkommen richtig.

Wir haben das Problem dem Rechtsstandpunkt nach untersucht, wir können aber noch fragen, was man politisch will. In der Entschliessung 1542 vom 15. Dezember 1960 zählt die Generalversammlung alle portugiesischen Territorien von Kap Verde bis Timor auf. Es ist für uns unmöglich anzunehmen, dass ihr nicht Flächeninhalt, Bevölkerung, Höhe der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung bekannt sind. Aber da man in der Entschliessung 1807 vom 14. Dezember 1962 von der portugiesischen Regierung sofort das Recht der Unabhängigkeit für die Völker verlangt, die von ihr verwaltet werden (sogar für S. João Baptista de Ajudá: ein Verwalter und 2 Wächter!!), müssen wir schliessen, dass das einzige erstrebte Ziel entweder die Aufteilung der Territorien ohne

solide Einheit ist oder die Eingliederung (Annexion) der portugiesischen Territorie, die wir erhalten, durch andere, weil diese ihre eigene Unabhängigkeit nicht aufrechterhalten können. So geschah es in Goa, das von einem blühenden Staat in eine indische Kolonie verwandelt wurde durch bewaffneten Eingriff, den die Charta verbietet und der zu der gleichen Zeit stattfand, als der Sicherheitsrat, gelähmt durch das russische Veto und die vielsagende Erklärung der indischen Delegation («mit oder ohne Charta, mit oder ohne Recht»), seine Handlungsunfähigkeit feststellte, d.h. seine Nutzlosigkeit zur Verteidigung des Rechts. Diese Beispiele lassen uns zweifeln an der genauen Kenntnis der Ursache, wie diese Entschlüsse gefasst werden, und an der Aufrichtigkeit der Motive, womit man sie uns aufzwingen will. Einige Überlegungen aber, nicht lediglich diese Scheingründe, werden schon die Grundlage des Kampfes der U.N.O. gegen Portugal bilden.

*
* *
*

Man weiss, wie der Kommunismus in Bezug auf Afrika denkt: Lenin hat die Entwicklung in 3 Phasen geteilt: Antikolonialismus, Nationalismus, Kommunismus. Obwohl Lenins Auffassung 1960 berichtigt wurde, wird doch die Generallinie beibehalten und man kann sagen, dass die erste Phase, d.h. die Entkolonisierung fast vollkommen durchgeführt ist. Es wäre kindlich zu denken, dass das am stärksten «kolonialistisch» ausgerichtete Regime unserer Zeit — denn es hat seiner Herrschaft freie Staaten unterworfen und zu kolonialen Territorien gemacht, die befreit werden müssten diese weite politische Bewegung ausgelöst hat, um die afrikanischen Völker zu befreien. Indem man im gesamten Afrika Staatsgemeinschaften bildet, die anders als die westeuropäischen sind, denkt man, die ent-

sprechende wirtschaftliche und politische Macht zu zertrümmern. Die Genugtuung, mit der von einigen Seiten behauptet wird, dass in Afrika die Bildung kommunistischer Staaten nicht zu beobachten sei, was die Unfähigkeit Moskaus beweist, sich dort niederzulassen, das ist zum Lachen, denn was Moskau zu tun wünscht, das macht der Westen, und der Rest des Programms wird zu gegebener Zeit ausgeführt. Auf jeden Fall weiss man, dass Russland hinter allen diesen Bewegungen einer Pseudo-Emanzipation steht, sie heimlich überall aufbaut und mit den Führern die notwendigen Kontakte auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet hält, um ohne Überraschung seine Gegenwart und Tätigkeit zu sichern. Diese Verbindungen ergeben dann die Früchte, die geerntet werden, wenn sie reif sind.

Andererseits machen die Vereinigten Staaten kein Geheimnis aus ihrer Afrikapolitik. Aufschlussreich sind die offiziellen Erklärungen und die Tatsachen der amerikanischen Verwaltung, die in dem Sinne arbeiten und helfen, dass in ganz Afrika unabhängige Staaten entstehen, die den früheren europäischen Kolonien entsprechen. In dieser Hinsicht kann man zwischen der amerikanischen und russischen Politik Parallelen finden, und die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten der sogenannten Emanzipation Afrikas helfen, um es von russischen oder kommunistischen Einfluss zu befreien, ändert nichts am Wesen der Sache selbst. Dass die eine Macht ausgeht von dem Vorsatz, laut genug als nationales Gebot ausgerufen, die Freiheit allen Menschen und Völkern zu bringen, und der andere Teil von seiner Auffassung der Weltrevolution, die allen Menschen das volle Glück bringen soll, bedeutet wenig in sich selbst; die beiden Staaten betreiben eine ähnliche Politik mit verschiedenen Zielen. Es gibt allerdings auch einen bedeutenden Unterschied: Während die russische Politik sich selbst getreu und folgerichtig ist, birgt die amerikanische Politik einen schweren Widerspruch in sich selbst. Und dieser besteht

darin, dass die Vereinigten Staaten, deren Grundprinzipien der Politik darin bestehen, zur Verteidigung Europas beizutragen, wofür sie sich schon in zwei Kriegen opferten, eine Minderung der europäischen Macht einleiten, mit der sie alliiert sind, zu Gunsten einer feindlichen, der kommunistischen Macht. Der Widerspruch ist so deutlich und die Stellung der Vereinigten Staaten so zweifelhaft, dass bei der letzten Sitzung des Sicherheitsrates die afrikanischen Staaten sich erlaubten, die Vereinigten Staaten herauszufordern zu einer Wahl, wo sie selbst wussten, dass diese unmöglich ist, wenigstens nicht, ohne unheilbar die Verteidigung Europas und des Abendlandes zu opfern. Wenn wenigstens die Mehrzahl dieser afrikanischen Staaten bereit wäre, innerhalb der Linie der europäischen, pro-amerikanischen Politik zu handeln, so wäre ein Ausgleich der Werte mit demselben Vorzeichen vorhanden, aber ich habe oben klar genug gesagt, um schliessen zu können, dass die Lage eben nicht so ist. Und es ist höchst zweifelhaft, dass Europa in gewissen Momenten bereit ist, für Interessen zu kämpfen, die nicht mehr die seinen sind.

Lassen wir beiseite, was die Verteidigung Europas betrifft, die durch die Politik der Vereinigten Staaten stark erschüttert ist, so zeigt sich höchst deutlich eine Tatsache: Heute ist der afrikanische Kontinent der grosse Raum für den Wettbewerb der zwei stärksten Nationen, der Vereinigten Staaten und Russland, oder besser drei, denn das kommunistische China tritt dort auch auf. Wenn man das weiss, dann ist klar, dass damit den afrikanischen Staaten eine grosse Bewegungsfreiheit gegeben ist in allen Verhandlungen und Forderungen, die sie stellen. Wenn man schon die politische Haltung dieser neuen Staaten im besten Fall neutralisieren kann, der Kampf wird sich auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet abspielen mit der Gefahr, dass der Vorgang sich sehr den Zwecken nähert, die schon aufgezeigt wurden: Im Osten die starken Staatswirtschaften und im Westen die grossen kapitalistischen Syndikate,

beide mit dem Ziel auf die Eröffnung und Beherrschung der Märkte. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn daraus in Kürze auf dem afrikanischen Kontinent die gefürchtete Epoche des Neo-Kolonialismus beginnt.

Dieser Wettkampf in dem afrikanischen Raum kann sehr gut zu einem Abkommen führen, was man früher als Abgrenzung der Einflussgebiete bezeichnet hat und was heute einen anderen Namen tragen wird. Um das zu vermeiden, hat man die Ansicht ausgesprochen, dass die vereinigten Nationen die Hilfeleistungen zusammenfassen, die Finanzmittel zusammenbringen und verteilen, die Oberaufsicht über die Verwendung in den einzelnen Ländern führen sollen. Das ist ein Plan aber keine Lösung des Problems, denn ausser den Ausschluss aller Privatinitiative erlaubt das Fehlen einer Konkordanz zwischen den Finanzierungsquellen und der Technik einerseits und das Fehlen jeder Grundlage und des Aufbaues für die Mehrheitsbildung in einer Generalversammlung andererseits keine wirkliche Arbeitsmöglichkeit. Es ist auch nicht bewiesen, dass ein Kollektivorgan, vergiftet von politischem und Rassenhass und überzeugt, mit dem Erlangen der politischen Freiheit einiger Staaten die Lösung aller Probleme gefunden zu haben, leichter und unabhängiger ist als das, was man zu ersetzen gedenkt.

Die vielen besonderen Verbindungen des Kongo zu den Vereinigten Staaten sind bekannt, sodass es nicht Wunder nahm, dass von jener Regierung die de jure-Anerkennung einer Art von Terroristenvereinigung erfolgte, die in Leopoldville gegründet wurde, um in Angola zu wirken und zugegebenermassen mit amerikanischen Geld erhalten wurde (Erklärung aus Leopoldville vom 28. Juli). Auf der anderen Seite der Küste tritt als Führer zur Befreiung von Moçambique auch ein Professor einer nordamerikanischen Universität auf. Was aber den betrifft, so wissen wir nicht, ob er von da bezahlt wird. Es sind vielleicht reine Zufälligkeiten, auf jeden Fall aber sehr unglückliche Zufälligkeiten, die die Verantwortlichen bis jetzt noch

nicht aufgeklärt haben, und das Unglück wird noch grösser, wenn die Nachricht allgemein bekannt wird, dass Russland auch Mittel zur Verfügung gestellt hat für den Kampf, um Angola zu befreien. Das will bedeuten, dass es nicht nur seitens einiger Staaten die Verteidigung der theoretischen Grundsätze zu Befreiung der «kolonisierten» Völker gibt, sondern dass auch schon wirklich etwas geschieht für die mögliche Auseinandersetzung in den portugiesischen Provinzen.

Die Analyse dieser Probleme, zumal da eine politische Zusammenarbeit zu Gunsten Europas ausgeschlossen scheint, lässt mich zu folgenden Schluss kommen: Wir müssen von der Vorsehung das Wunder erleben, dass die afrikanischen Staaten, bis vor kurzem geleitet von Frankreich, England, Belgien und Italien, die Form für eine enge Zusammenarbeit mit diesen Nationen finden, die es ermöglicht, die Probleme zu lösen, die ihnen durch Erlangung der Unabhängigkeit erwachsen sind. Das wäre das beste Mittel, um dem zu widerstehen, ein Spielball im Wettstreit der Welt zu sein, der, ganz gleich, unter welcher Fahne, damit enden wird, ihnen eine schwere Knechtschaft unter Interessen zu schaffen, die Afrika fern liegen.

*

* *

Dieser Kampf gegen Portugal in Afrika, der als Schauplatz die U.N.O. hat und als direkt Handelnde die afrikanischen Staaten, ist nur die Wiederholung, was wir unter verschiedenen Vorwänden in früheren Epochen erlebt haben, besonders in den vier Jahrzehnten von 1898 bis 1938. Da erscheint äusserlich ein politischer Grund — die Unabhängigkeit aller überseeischen Territorien. Nun, bestimmte Abkommen und nicht beendete Verhandlungen zwischen Staaten, die unsere Freunde und Alliierten waren, begründeten ihr Vorgehen mit unserer schlech-

ten Verwaltung und den mangelnden Hilfsquellen für eine entsprechende Entwicklung der Territorien. Wie es schien, so erklärte man sich bereit, mit Freigebigkeit alles zu liefern, und Portugal war arm und zu klein, um in solche grossen Räume einzugreifen; und mit ähnlichen Zielen finden wir die gleichen Begründungen wieder im Umlauf.

Da aber die erwähnten Verträge nicht ausgeführt wurden, sollte man schliessen, dass die überseeischen portugiesischen Provinzen einen Schandfleck des Rückschritts in der Entwicklung des afrikanischen Kontinents bilden. Man weiss, dass das nicht der Wirklichkeit entspricht und dass diese Territorien einen Vergleich mit allen anderen in Afrika aushalten und in vieler Hinsicht sich sogar in besseren Bedingungen befinden. Dafür gibt es drei Gründe:

- a) geschichtlich hat Portugal nie von den überseeischen Provinzen gelebt, sondern, *für* die überseeischen Provinzen;
- b) die Entwicklung eines Territoriums, in dem eine Bevölkerung ansässig ist um zu leben, läuft anders ab als in Territorien einer reinen kolonialen Ausbeutung, wo der Siedler, nachdem er seine Aufgabe erfüllt hat, sich zurückzieht mit allem, was er brachte und mit allem, was er verdient hat;
- c) und da schliesslich die portugiesischen überseeischen Provinzen nicht der Investierung ausländischer Kapitalien verschlossen waren, haben dieselben dort grosse Anlagen geschaffen, denn das private Kapital wird durch Sicherheit und Ehrlichkeit der Verwaltung angezogen, die sich praktisch in der Sicherheit der Investitionen ausdrücken.

Wir wollen nicht von den Förderungsplänen sprechen, die wir finanziert und aufgebaut und damit die Territorien aufge-

wertet haben, wie es vorher nicht zu denken möglich war. Natürlich wäre das Werk noch grösser und von noch höherer Bedeutung, wenn man anstelle der Kritik mit finanzieller Hilfe eingesprungen wäre, die man so grosszügig verteilt ohne irgendwelche Sicherheiten und in sehr zweifelhaften Fällen.

Es ist wohltuend aber gleichzeitig etwas eigenartig, wenn man die Überraschung vieler sieht, die uns in Afrika besuchen, denn sie wissen nicht, wie sich die portugiesische Schaffenskraft unter farbigen Völkern auswirkt und finden dort eine mehr rassige Gesellschaft, aber gleichzeitig ein zivilisiertes Leben, fortschrittlich, in westlicher Art. Man muss hauptsächlich befürchten, alles das in der Verwirrung, mit der diese Probleme behandelt werden, zu verlieren. Wir wollen hoffen, dass wenigstens die am meisten verantwortlichen Staaten in der U.N.O. uns weiter in Frieden arbeiten lassen, indem sie unsre ehrliche und erfolgreiche Anstrengung anerkennen.

IV

Ich will meine Betrachtungen für abgeschlossen ansehen.

Ich habe versucht, mich über die drei angegebenen Punkte so objektiv wie möglich auszulassen und aus der Erfahrung heraus, die mir das Leben im Umgang mit Menschen und Geschehnissen unserer Zeit vermittelt hat. Ich konnte nicht optimistisch sprechen, wollte aber auch nicht in einen Pessimismus verfallen, der andere verwirrt hätte und Feind jedes Schaffenswillens ist. Ich bin mir natürlich sicher, dass wir einen Augenblick der grössten Schwierigkeiten durchleben, der wohl die ganze Widerstandskraft der Nation beansprucht, aber wir wollen die Schwierigkeiten weder übertreiben noch sie zu verkleinern suchen, besonders wenn wir Mut haben, uns ihnen entgegenzustellen. Im Grunde kann man alles in folgendem Satz zusammenfassen: Wir sind als Nation Träger einer heili-

gen Erbschaft; wir betrachten es als unsere Pflicht, darüber zu wachen und sie zu pflegen; und wir opfern uns dafür, indem wir diese Pflicht erfüllen, an die viele nicht glauben wollen, selbst wenn sie daraus Vorteile ziehen. Ausserdem finden wir auch eine Kompensation für uns: Die grossen Generationen von Soldaten, Statthaltern, Missionaren, Siedlern, auf die wir stolz sind, widmeten sich auch der Besitznahme, der Befriedung, der Zivilisierung der überseeischen Provinzen und bilden für Portugal eine Bereicherung an sittlichen Werten, die aus ihrer Arbeit und aus ihren unvergleichlichen Leiden hervorgingen.

Einige unter uns sorgen sich wegen der Ausgaben, die wir gezwungen sind zu machen, andere wegen des Geschreis, das durch die Welt geht und sich in den Vereinigten Nationen gegen Portugal erhebt. Die Ausgaben wurden bis jetzt gedeckt mit einem Überschuss der ordentlichen Einnahmen, was fast ein Wunder unserer Vermaltung ist, aber niemand darf sich wundern, wenn es in Zukunft, nicht so sein wird. Zu bedauern ist, dass so hohe Summen nicht zum wirtschaftlichen und kulturellen Wohle der Bevölkerung ausgegeben werden können, sondern nur für die Sicherheit und den Frieden, worin die Völker lebten, und den die Geschehnisse ihnen jetzt zu rauben drohen.

Ich gestehe, es gehört Mut dazu, um unerschütterlich das Geschrei anzuhören, das sich gegen Portugal erhebt, und die eigenartigen Ansichten der Männer zu vernehmen, von denen einige grosse Bedeutung und grosse Verantwortung als Staatsmänner haben. Wenn wir aber auf einer Seite die Grundprinzipien betrachten und auf der anderen Seite die Interessen und Leidenschaften sehen, die sich in allem vermischen, dann soll es uns möglich sein, diesen Reden zu folgen, ohne dass unsere Meinung zu schwanken braucht noch unser Recht erschüttert wird.

In der Welt bestehen zwei falsche Meinungen über unseren Fall. Die einen glauben, dass Anwendungen eines antiportugiesischen Nationalismus der Unterdrückungspolitik entsprin-

gen, wie sie in Afrika herrscht, wie sie hier herrscht, wie sie in Goa herrschte, das heute schon «befreit» und unglücklich über seine «Befreiung» ist. Wir kennen schon dieses Lied auswendig, das bald unsere innere Struktur treffen will, indem es Portugals Dasein in den überseeischen Provinzen in Frage stellt, bald flink die überseeischen Probleme lösen will durch den Umsturz der nationalen Politik. Niemand jedoch kann erklären, wie es konnt, dass die Unterdrückungspolitik als Frucht nur Terrorismus gibt, und auch nur sehr selten und kümmerlich, nachdem die Hefe ausländischer Interessen in den Teig gebracht wurde, um ihn zum Gären zu bringen.

Andere sorgen sich, dass Portugal hauptsächlich von Übersee lebt und dass der mögliche Verlust seinen vollkommenen Ruin bedeutet. Der Botschafter Norwegens schlug im letzten Sicherheitsrat vor, der unsertwegen tagte, dass die reichen Länder dazu beitragen sollten, uns für die Verluste zu entschädigen und uns zu helfen, andere Grundlagen für unser Leben aufzubauen. Wenn es möglich sein wird, einige Papiere zu veröffentlichen, die ich besitze, kann man sehen, dass diese Idee nicht neu ist und diese grosszügige Entschädigung uns schon einmal angeboten wurde. Wohl können die portugiesischen überseeischen Provinzen Opfer eines Überfalls werden, aber sie stehen nicht zum Verkauf.

Diese Probleme, von denen das Bestehen und das Wesen der ganzen Nation abhängen, sind die schwierigsten, die sich irgendeiner Regierung aufgedrängt haben, denn jede Stellungnahme jetzt oder in Zukunft ist entscheidend und endgültig für die Zukunft. Einige verlangen eine Erklärung, damit man sich darüber eine Meinung bilden kann. Ich wollte hierdurch zu diesem Zwecke beitragen mit der Hilfe, die eine Regierung geben muss und soll durch ihre Kenntnis der Tatsachen. Ich hege keine Zweifel über das Gefühl des portugiesischen Volkes hier und in Übersee, was die Verteidigung der Einheit der

Nation betrifft. Das Volk, welches arbeitet, braucht nicht lange Diskussionen, um sich über sein Schicksal klar zu werden. Ich sehe aber einen Vorteil darin, dass man sich feierlich und öffentlich ausspricht über das, was man über die überseeische Politik denkt, welche die Regierung eingeschlagen hat.

Die Art, wie das Land dem Appell entsprochen hat, den wir an es gerichtet haben, ist eine Lektion für alle. Ohne Zögern, ohne Klagen, selbstverständlich für den, der sein Leben lebt, marschieren die Männer nach unwirtlichen Klimen und entfernten Ländern, um ihre Pflicht zu erfüllen, eine Pflicht, die ihnen ihr Herz gebietet und ihr Glaube und ihre Vaterlandsliebe, die sie erleuchten. Vor dieser Lehre, die sie uns geben, halt ich sogar dafür, dass wir nicht die Toten beweinen sollen, oder besser gesagt: Wir müssten die Toten beweinen, wenn die Lebenden ihrer nicht würdig sind.

2210

VERLAG

S·N·I

LISSABON

NB



EFG0000513688

S.N.